

## Protokollauszug

aus der

32. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam
vom 05.07.2017

öffentlich

Top 6.14 Verbesserung der Erreichbarkeit der Fallmanager für Jobcenter-Kunden 17/SVV/0425 an Gremium überwiesen

Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion empfiehlt, den Antrag abzulehnen.

## Änderungsantrag:

Die Stadtverordnete Schulze beantragt namens der Fraktion DIE LINKE den Beschlusstext wie folgt zu ändern:

Der 2. Satz des Beschlussvorschlages sowie die Punkte 1, 2 und 3 sind zu streichen.

## Antrag zur Geschäftsordnung:

Der Stadtverordnete Heuer, Fraktion SPD, beantragt die Rücküberweisung der geänderten Fassung in den Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion.

## Abstimmung:

Die Rücküberweisung der Vorlage in den Ausschuss fürr Gesundheit, Soziales und Inklusion wird **mit Stimmenmehrheit angenommen**.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die städtischen Vertreter der Trägerversammlung werden gebeten, gemeinsam mit den Vertretern der Bundesagentur in der Trägerversammlung ein Verfahren zu entwickeln, um einen schnelleren und direkteren Zugang der Kundinnen und Kunden zu ihrem Fallmanager zu ermöglichen. Dieser Verfahrensvorschlag soll unter Berücksichtigung folgender Punkte erfolgen:

- 1. Die telefonische Erreichbarkeit sowohl der Fallmanager als auch des Servicecenters soll nicht gebührenpflichtig sein.□
- 2. Die Anrufe und Anliegen der Kunden, z. B. kurzfristige Absagen von Terminen, sollen dokumentiert werden.
- 3. Die telefonischen Anfragen der Kunden sollen schnellstmöglich und fachlich qualifiziert beantwortet werden.

Das Ergebnis soll der Stadtverordnetenversammlung Potsdam im November 2017 mitgeteilt werden.